

Beilage 515/2011 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags  
XXVII. Gesetzgebungsperiode

---

**Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags  
betreffend  
keine Einführung des Treibstoffes E10 in Österreich**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

**Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass diese von der für 2012 geplanten Einführung des Treibstoffes E10 absieht.

**Begründung:**

Medienberichten zufolge wird seitens des Landwirtschaftsministeriums geplant, den Treibstoff E10 (10-prozentige Agroethanol-Beimischung zum herkömmlichen Benzin) im kommenden Jahr in Österreich einzuführen. Dies gehe aus einem geheimen Stufenplan des Ministeriums gemeinsam mit der Industrie hervor, so das Nachrichtenmagazin „Format“. Um den teureren Treibstoff an den Tankstellen konkurrenzfähig zu halten, soll er zudem mit 160 Mio. Euro steuerlich begünstigt werden.

Grundlage für die Einführung von E10 ist die EU-Richtlinie 2009/30/EG, die es den Mitgliedsstaaten gestattet, zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Straßenverkehr die Beimengung von bis zu 10 Prozent Agroethanol zu Ottokraftstoffen vorzuschreiben. Eine Verpflichtung, diesen Maximalwert tatsächlich auszuschöpfen, besteht jedoch nicht. Niedrigere Treibhausgasemissionen könnten laut Richtlinie ebenso mit effizienteren Raffinerieverfahren oder alternativen Treibstoffen (Wasserstoff, Elektrizität,...) erreicht werden.

Agrotreibstoffe sind zwar nicht prinzipiell abzulehnen, bei einer Gesamtbetrachtung bleiben die gewünschten positiven ökologischen Effekte aber aus.

Im Gegenteil: Die als umweltfreundlich angepriesenen Agrotreibstoffe stellen in Wirklichkeit oftmals eine große Belastung für die Umwelt dar. Denn die weltweit gesteigerte Nachfrage an Rohstoffen führt zu einem größeren Bedarf an agrarischen Anbauflächen und Monokulturen, treibt so die Abholzung des Regenwalds voran, erhöht den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln und gefährdet damit den Lebensraum zahlreicher vom Aussterben bedrohter Tierarten. Laut der zugrunde liegenden EU-Richtlinie sollte die Erzeugung von Agrokraftstoffen zwar an zahlreiche Auflagen zum Schutz von Wäldern, Grünland und anderen wertvolle Flächen gebunden und die CO<sub>2</sub>-Ausschüttung bei der Gewinnung bzw. Erzeugung eingeschränkt werden, eine weltweit wirksame Kontrolle der Produktionsmethoden kann aber nicht gewährleistet werden.

Zu kurz kommt bei der gesamten Diskussion um Agrotreibstoffe bedauerlicherweise auch die ethisch-moralische Frage, ob die Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen – vor dem Hintergrund weltweit schrumpfender Anbauflächen – für die Herstellung von Autokraftstoffen überhaupt vertretbar ist. Laut Greenpeace wurden im Vorjahr 142 Mio. Tonnen Getreide weltweit für Agrosprit verbraucht – eine Menge, mit der 420 Mio. Menschen ein Jahr lang ernährt werden könnten. Als zusätzlicher Effekt ist zu befürchten, dass die Getreidepreise auf den Weltmärkten explodieren, dadurch viele Menschen (vor allem in den ärmeren Staaten) keine Lebensmittel mehr kaufen können und somit neue Hungersnöte und Revolten ausgelöst werden.

Aber auch aus Sicht der heimischen Autofahrerinnen und Autofahrer ist die Einführung von E10 abzulehnen, denn eine allgemeine Verträglichkeit – vor allem mit Motoren älterer Bauart – ist nicht gegeben; gravierende Schäden sind daher nicht auszuschließen. Zudem wird trotz der geplanten Steuerbegünstigung mittelfristig mit einer Überwälzung der höheren Kosten auf die Konsumentinnen und Konsumenten gerechnet.

Aus den oben genannten Gründen lehnen deshalb Umweltorganisationen, Arbeiterkammer, Autofahrerklubs und andere NGOs den Treibstoff E10 unisono ab. Die unterzeichneten Abgeordneten schließen sich dieser Kritik an und fordern daher, dass die Bundesregierung von der geplanten E10-Einführung absieht. Angesichts der negativen ökologischen und sozialen Effekte sind die prognostizierten Steuereinnahmen-Ausfälle von 160 Mio. Euro keinesfalls zu rechtfertigen.

Linz, am 7. November 2011

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Frais, Peutlberger-Naderer, Müllner, Makor, Krenn, Röper-Kelmayr, Affenzeller, Weichsler-Hauer, Eidenberger, Rippl, Bauer, Promberger, Jahn, Pilsner**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Mahr, Povysil, Cramer, Lackner, Schießl, Wall**